

Der Beruf der Kandidaten

	KPL		DP		CSV		LSAP		GLEI (1)		NB (2)		GAP (1)		5/6		Total (3)	
	%		%		%		%		%		%		%		%		%	
Staatsbeamten u.ä.	18	30	18	30	22	37	21	35	19	32	3	5	28	47			127	27.0
davon Lehrer	10	17	9	15	13	22	13	22	5	8			14	23			63	13.4
Privatbeamten (+CFL)	19	32	21	35	14	23	25	42	18	30	20	33	21	35	32	53	167	35.5
davon Direktoren	1	2	5	8	1	2	3	5									10	2.1
Arbeiter	13	22			1	2	1	2	3	5	9	15	2	3	14	23	43	9.1
Handwerker			1	2			1	2	4	7	7	12			4	7	3.6	
Geschäftsleute			5	8	2	3	1	2	2	3	9	15			2	3	4.5	
Bauern, Winzer, Gärtner			1	2	3	5			1	2	2	3	1	2	7	12	3.0	
Freiberufler	4	7	14	23	17	28	9	15	1	1	2	3			1	2	48	10.2
davon Juristen	3	5	7	12	10	17	5	8									25	5.3
Ärzte	1	2	5	8	7	12	4	7							1	2	18	3.8
Ohne Beruf	5	8			1	2	2	2	12	20	8	13	8	13			33	7.0
davon Hausfrauen	2	3			1	2			11	18	7	12	6	10			24	5.1
Beruf unbekannt	1	2															1	0.2
Frauen	11	18	8	13	9	15	11	18	29	48	17	28	26	43	5	8	112	23.8

Kommentar: Ausgewertet wurden nur jene Listen, die eine nationale Repräsentativität beanspruchen können. Die Einordnung in die einzelnen sozioprofessionellen Kategorien geschah auf Grund der Angaben in der Wahlpropaganda. Bei unklaren Berufsbezeichnungen wurden diese durch eigene Recherchen ergänzt. Rentner wurden der Berufsgruppe zur Zeit ihres aktiven Lebens zugezählt. Dasselbe geschah mit Berufspolitikern. Unselbständige Handwerker wurden der Gruppe Arbeiter zugeschlagen. Insgesamt waren diesmal die Staatsbeamten nicht in der Überzahl unter den 471 Kandidaten, die sich auf den 9 ausgewerteten Listen dem Wähler stellten. Sogar wenn man die 32 Privatbeamten der 5/6-Liste abzählt, behält diese sozioprofessionelle Gruppe den ersten Rang. Ob diese starke Präsenz der Privatbeamten auf die Bildung der 5/6-Liste zurückzuführen ist, läßt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen. Das einzige Vergleichsmaterial liegt für die Wahlen von 1979 vor ("forum" Nr. 31/26.5.1979): damals waren nur 20% der 5 traditionellen Listen Privatbeamten. Allerdings ändert sich der Anteil der Staatsbeamten, wenn man die 5/6-Liste und die Nationalbewegung ausklammert; dann steigt er nämlich auf genau 35%. Einen für die Gesamtbevölkerung repräsentativen Querschnitt stellt die Kandidatenliste demnach nicht dar. Frauen, Arbeiter, Handwerker, Geschäftsleute sind stark untervertreten, während Staatsbeamten (vor allem Lehrer) und Freiberufler eindeutig überrepräsentiert sind. Die Konzentration auf zwei Gruppen - Staats- und Privatbeamten - hat sogar im Vergleich zu 1979 zugenommen; damals hatte keine Gruppe in keiner der 4 traditionellen Parteien (mit Ausnahme der Arbeiter bei der KPL) einen Anteil von mehr als 25%. Untersucht man nun die soziale Zusammensetzung der einzelnen Listen, so ergibt sich als erstes, daß abgesehen von der 5/6-Liste, auf der naturgemäß die Staatsbeamten fehlen und die Privatbeamten mit 53% die absolute Mehrheit bilden, es

keine echte Klassenparteien mehr in Luxemburg gibt. Gewisse soziale Schwerpunkte lassen sich nichtsdestoweniger noch deutlich erkennen: Bei der KPL liegen die Arbeiter mit 22% weit über dem Anteil, das ihnen auf irgendeiner andern Liste zukommt. Bei der DP fehlen die Arbeiter gänzlich, hingegen fallen hier die Freiberufler mit 23%, die Geschäftsleute mit 8% und die Firmendirektoren mit 10% aus dem Rahmen des im Durchschnitt Üblichen. Bei der CSV sind die 28% Freiberufler und 37% Staatsbeamten bemerkenswert. Von einer Volkspartei im soziologischen Sinn des Wortes ist auch sie weit entfernt. Nicht nur bei der CSV, auch bei der LSAP, der GLEI und vor allem bei der GAP fällt der außerordentlich hohe Anteil von Staatsbeamten, insbesondere Lehrern, auf. Daß bei der LSAP nicht mehr viele Arbeiter übriggeblieben sind, ist bekannt (1979 waren es immerhin noch 15%); auffallend sind diesmal die 42% Privatbeamten. Bei den beiden grünen Listen ist die Übervertretung der Beamten jeder Art bemerkenswert; eine Basis im Arbeiter- und im Bauernmilieu scheinen diese Parteien noch nicht gefunden zu haben. Die Kandidaten der nationalistischen Parteien bieten eine soziale Struktur eigener Art, die sie völlig von den andern Parteien unterscheidet. Außer den Privatbeamten und den Bauern, deren 33% bzw. 3% in etwa dem Parteidurchschnitt entsprechen, sind alle andern sozioprofessionellen Gruppen atypisch vertreten. Staatsbeamten und Freiberufler fehlen fast ganz. Kandidaten mit Universitätsausbildung sucht man hier vergebens. Arbeiter, Handwerker und (kleine) Geschäftsleute sind hingegen sehr stark übervertreten im Vergleich zu den andern Parteien. Diese Tatsache bestätigt eindeutig die These, die den Nationalismus als kleinbürgerliche Protestbewegung sieht (vgl. "Ausländerfeindlichkeit und Deklassierung" in: "forum" Nr. 112/Juni 1989). Die sozial-geographische

(1) Zu den je 51 Kandidaten der GLEI und der GAP wurden jeweils die 9 Kandidaten der grünen Einheitslisten "Ökologiste fir de Norden" hinzugerechnet.

(2) Zu den 51 Kandidaten der Liste der "Nationalbewegung" wurden die 9 Kandidaten der "Lescht fir den Eislécker" hinzugerechnet.

(3) Im Total wurden die 9 Kandidaten der Liste "Ökologiste fir de Norden" nur einmal gezählt.

Analyse des Wahlergebnisses wird auf diese Frage zurückkommen.

Erstaunlich ist die Verteilung der Frauen auf die einzelnen Listen. Während die traditionellen Parteien über mangelndes Interesse des weiblichen Geschlechts an einer Kandidatur auf ihren Listen klagen, um die geringe Vertretung auf ihren Listen zu erklären, sind die Frauen nicht nur auf den grünen Listen - aus prinzipiellen Ursachen - sondern auch bei den kleineren Splittergruppen, die hier z. T. gar nicht berücksichtigt wurden, sehr zahlreich vertreten. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß die Frauen hier keine echte Wahlchance zu befürchten haben und daher zur Statistenrolle auf einer Liste eher bereit sind als bei den großen Parteien. Bemer-

kenswert ist allemal, daß sowohl bei den Grünen als auch bei DP und LSAP die Frauen eine durchaus führende Rolle spielen. Im Vergleich zu 1979, als die Frauen insgesamt nur 10,8% der Kandidaten ausmachten, hat sich ihr Anteil mehr als verdoppelt. Nimmt man jedoch nur die vier traditionellen Parteien, die sich auch schon 1979 der Wahl stellten, so ist dieses Wachstum des weiblichen Anteils weitaus geringer. Bei diesen Parteien stellen die Frauen nämlich auch heute nur 16,25% der Kandidaten, kaum mehr als bei den Gemeindewahlen von 1987 (vgl. "forum" Nr. 99/November 1987, S. 5). Ob die Wahlergebnisse dasselbe soziale Ungleichgewicht im Parlament zeitigen, wird erst zu einem späteren Zeitpunkt analysiert werden können.

m.p.